

SCHLUSS MIT DER ZOCKEREI

Banken und Versicherungen in die öffentliche Hand!

Rettungspaket für Hypo Kärnten: Wieder muss die Bevölkerung büßen, was die Manager und Politik vergeigt haben.

ÖVP-Finanzminister Pröll erneuert mit Steuermilliarden jongliert, aber gleichzeitig vom Sparen redet: „Wieder müssen wir die Suppe auslöffeln, die uns der Spekulationswahnsinn eingebrockt hat.“

hat noch vor wenigen Wochen gelehnet, dass das österreichische Bankensystem extrem gefährdet sei, weil es Verbindungen zu südosteuropäischen Machthabern gibt.

Fall für die Justiz

„Seit über einem Jahr wird in Österreich und europaweit ein konkursreifer Bankenapparat mit Steuermitteln künstlich am Leben erhalten. Statt der jetzt vorgenommenen Herumdoktereie an Symptomen wäre ein entschlossener Schritt notwendig: Die sofortige Ver gesellschaftung des gesamten Banken- und Versicherungssystems in Österreich unter demokratischer Kontrolle. Halbherzige Maßnahmen helfen nicht mehr weiter“, sagt der KPÖ-Politiker.

Finanzminister Josef Pröll

Dubios

Jetzt fliegt auf, dass die Pleite gegangene Kärntner Hypo Alpe-Adria anscheinend mit besonders dubiosen Personen und Politikern in Kroatien und Bosnien ganz dick im Geschäft war. Hier muss die Justiz einschreiten. Mitten drin in der Misere ist das BZÖ bzw. jetzt die Kärntner Freiheitlichen. Sie haben jahrelang in die Hypo hineinregiert und Kärnten an den Rand des Bankrotts geführt. Wer BZÖ/FPÖ/FPK wählt, unterstützt jene dubiosen Machenschaften, die nun von Polizei und Justiz untersucht werden.

Die Hypo Kärnten wird mit hunderten Millionen Euro an Steuergeld gerettet; sie hat gut drei Milliarden Euro in den Sand gesetzt. Die arbeitenden Menschen unseres Landes sollen die Zeche für abenteuerliche Bankgeschäfte in Ost- und Südosteuropa und für den Bankrott der BZÖ-Politik in Kärnten zahlen. Manche Profiteure bleiben im Dunkeln. Das ist der Inhalt des Deals um die Notverstaatlichung der Hypo Alpe Adria.

Franz Stephan Parteder, Landesvorsitzender der steirischen KPÖ, ärgert sich, dass

Info zur Sozialhilfe

Was tun, wenn die Sozialhilfe gekürzt wurde oder wenn Sonderzahlungen fehlen? Dann müssen Sie berufen! Wir helfen dabei!

Bei Menschen, die länger als ein Jahr Sozialhilfe bezogen haben, wird die Sozialhilfe von manchen Sozialämtern drastisch gekürzt – nämlich auf den ASVG-Richtsatz für Pensionisten mit Ausgleichszulage. Dies trifft vor allem Familien oder Alleinerziehende mit Kindern sehr hart. In mehreren Fällen hatten Berufungen gegen diese Kürzungen Erfolg, und die volle Sozialhilfe musste wieder ausbezahlt werden. Betroffene sollen auf jeden Fall einen Bescheid verlangen und dagegen die Berufung einbringen. Das kann sich auszahlen!

Die Sonderzahlungen im Juni und November stehen sofort in voller Höhe zu und nicht erst – wie bei einigen Sozialämtern gehandhabt – nach drei Monaten durchlaufendem Sozialhilfebezug. Betroffene, die keine Sonderzahlungen bekommen, sollen ebenfalls einen Bescheid verlangen und dagegen berufen.

Auch in dem Monat, in dem Sozialhilfe angesucht wird, steht die gesamte Sozialhilfe zu – nicht wie in manchen Sozialämtern gehandhabt – nur anteilmäßig ab dem Tag des Ansuchens. Auch dagegen kann berufen werden.

DSA Karin Gruber
Herrengasse 16
Tel. (0316)
877 - 5101



flickr/chopsueyphoto



So spektakulär wie ihre Architektur ist die Pleite der Hypo Alpe-Adria. Sie bekam schon unglaubliche 1,3 Milliarden Euro vom Staat, wobei weitere Leichen im Keller erwartet werden.